

mitte drin

Ausgabe 10 / 2017 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding

Leistbare Mieten im Fokus der Politik

Die Bundestagswahl 2017 ist Geschichte. Für R2G auf Bundesebene hat es nicht gereicht. Dringend notwendige bundespolitische Kurskorrekturen in der Mieten- und Wohnungspolitik sind von der neuen Bundesregierung nicht zu erwarten.

Das Mietrecht wird bleiben was es ist – ein Vermieterrecht, über das auf der Bundesebene entschieden wird. Von dort ist also keine Hilfe zu erwarten, wenn wir die Situation der Mieterinnen und Mieter in Berlin verbessern, sie vor weiteren Luxussanierungen, Mietenexplosionen und Vertreibungen schützen wollen.

Die Herausforderungen, vor denen wir stehen, sind gewaltig. Berlin wächst rasant, in den letzten fünf Jahren um 243.500 Einwohner*innen. Die zunehmende Nachfrage nach Wohnungen lässt die Mieten weiter steigen. Wohnungsleerstand gibt es so gut wie keinen. Die Leerstandsquote liegt bei unter 2%. Das ist fast nichts.

Die Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen, Katrin Lompscher, reagiert dar-

auf mit der Doppelstrategie Neubau und behutsame Bestandsentwicklung. Ihr Fokus beim Neubau liegt auf der Schaffung von Wohnungen für Menschen mit mittlerem und geringem Einkommen. Vor allem die städtischen Wohnungsgesellschaften leisten hier einen wichtigen Beitrag. 50% ihrer neuen Wohnungen sind zukünftig den Wohnungssuchenden mit WBS vorbehalten. Eine neue Liegenschaftspolitik sorgt dafür, dass die Gesellschaften dafür die notwendigen Grundstücke erhalten. Landes-eigene Grundstücke werden nicht mehr privatisiert! Bezahlbar und stadtverträglich soll der Wohnungsbau sein. Deshalb entscheiden nicht allein Massezahlen darüber, was, wo und wie gebaut wird. Intelligente Nachverdichtung setzt die Akzeptanz der



Grundsteinlegungen allerorts – für bezahlbare Wohnungen!

hier Wohnenden voraus. Neue Ansätze einer ernstzunehmenden Bürgerbeteiligung sind das, was die Bürgerinnen und Bürger zurzeit erleben, bevor die Bagger kommen. Die Bewohnerschaft der Fischerinsel hatte

Fortsetzung auf Seite 3 ▷

LINKE erreicht im Wahlkreis Mitte den ersten Platz

21,4 Prozent der Zweitstimmen für die LINKE in unserem Wahlkreis – vor der CDU (18,7) und der SPD (18,6). Unsere Stimmbezirke haben unterschiedliche Ergebnisse. Erlaubt das Schlüsse für unsere weitere Arbeit? Tobias Schulze wagt eine politische Analyse.

Fortsetzung auf Seite 3 ▷

Rotstift hat Mittes Doppelhaushalt 2017 verschont

Es gab Geld zu verteilen! Nicht so viel, um alle Wünsche zu erfüllen. Also Konzentration auf Schwerpunkte? Leider nein. Bezirksamt und die Zählgemeinschaft aus SPD und Grünen entschied sich für das Prinzip Gießkanne. Andreas Böttger wollte es anders.

Fortsetzung auf Seite 2 ▷

Was lange währt, muss doch nicht immer ganz gut sein

Es brauchte drei lange Jahre, ehe 4580 bundeseigene Wohnungen in Berlin nicht mehr an den meistbietenden Immobilienhai verkauft werden dürfen. Jetzt forderten die drei Berliner Regierungsfractionen einen Verkaufsstopp. Carola Bluhm über die Vorgänge.

Fortsetzung auf Seite 7 ▷

+++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ weitersagen +++ weitersagen +++

Mittwoch, 11. Oktober, 19 Uhr, Rosa-Luxemburg-Saal im Karl-Liebknecht-Haus
(Kleine Alexanderstraße 28, U-Bahnhof Rosa-Luxemburg-Platz)!

Die Bundestagswahl 2017 –

Ergebnisse, Analysen, Schlussfolgerungen

Basistreffen mit Matthias Höhn, Bundesgeschäftsführer und Bundeswahlkampfleiter

DIE LINKE.

Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Tel.: 030 / 240 09-336, Fax -337
Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr,
Do. bis 19 Uhr

Aus der BVV

Ein neuer Haushalt für Berlin-Mitte

Finanzielle Gestaltungsmöglichkeiten wurden nicht genutzt

Das erste Mal seit vielen Jahren musste bei der Aufstellung des Doppelhaushaltes für den Bezirk Berlin-Mitte nicht der Rotstift angesetzt werden, sondern es konnte Geld zusätzlich ausgegeben werden.

Die Finanzierung des Bezirkes ist immer noch nicht auskömmlich und es können nicht im Ansatz alle Wünsche erfüllt werden, aber es war möglich, einen Teil der Kürzungen der letzten Jahre auszugleichen.

Leider haben Bezirksamt und Zählgemeinschaft aus SPD und Grünen das Geld nach dem Prinzip Gießkanne über die Fachbereiche verteilt und keine Schwerpunktsetzung betrieben. In dem jetzigen Haushalt ist nicht zu erkennen, wo das Bezirksamt in den nächsten zwei Jahren Schwerpunkte in seiner Arbeit

setzen möchte und welche Probleme es im Bezirk als vorrangig ansieht.

Wir als Linksfraktion haben versucht, in dem neuen Haushalt einen Schwerpunkt zu setzen, in dem die Unterfinanzierung der Jugendarbeit noch stärker abgemildert wird. Wir haben im Bezirk Regionen, z.B. um die Osloer Straße mit einer Kinderarmut von über 65 Prozent bei einer gleichzeitigen Personalausstattung in der Jugendarbeit von unter 25 Prozent. Jeder Euro, der hier und jetzt in diesem Bereich gespart wird, wird den Bezirk und das Land langfristig ein Vielfaches kosten.

Leider lehnte die Zählgemeinschaft aus SPD und Grünen unseren Antrag zur stärkeren Ausweitung des Angebotes der Jugendarbeit ab und riskiert so die Zukunft des Bezirkes.

Passend dazu ist auch, dass Teile des Be-

zirksamtes monatelang einen Container für die Jugendarbeit am Alexanderplatz verhindern wollten, weil dieser auf einer Grünfläche errichtet wird. Es ist traurig, dass sich Teile des Bezirksamtes im kleinteiligen Kampf um das eigene Ressort verlieren und dabei vernünftige und notwendige Projekte be- und verhindern. Selbst die Polizei, die eine neue Wache auf dem Alexanderplatz errichtet, wünscht sich diesen Jugendcontainer, damit die Präventionsarbeit auf dem Platz vernünftig vorantreiben gehen kann. Auch die Polizei weiß, sie kann nur Symptome bekämpfen, aber nicht die Ursachen. Doch die Ursachenbekämpfung von künftigen Problemen wird im neuen Haushalt kleingeschrieben und auch durch das weitere Handeln von Teilen des Bezirksamtes konterkariert.

Andreas Böttger

Blick aus dem Amt

Symbolwahl für bisher Nichtwahlberechtigte

„Hier lebe ich – hier wähle ich“ ist Motto einer bundesweiten Kampagne, die mit symbolischen Wahlen und Veranstaltungen für politische Teilhabe wirbt. Hintergrund ist, dass zur diesjährigen Bundestagswahl über 4,5 Millionen in Deutschland lebende Menschen nicht wählen durften.

Im Bezirk Mitte wohnen knapp 110.000 nicht wahlberechtigte ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger. Diese Menschen haben z.T. seit langer Zeit ihren Lebensmittelpunkt in Mitte, dennoch sind sie vom wichtigsten Teil politischer Gestaltung und Teilhabe ausgeschlossen. Auf den Veranstaltungen des Bezirksamtes zur Verleihung der deutschen Staatsbürgerschaft erfahre ich oft, dass ein wichtiger Grund für den Wunsch auf Einbürgerung das Wahlrecht ist.

Daher hat der Bezirk Mitte in diesem Jahr im Rahmen der bundesweiten Kampagne vor der Bundestagswahl eine **Symbolwahl für Migrantinnen und Migranten** ohne Wahlrecht organisiert. In der Woche vom **11.09. – 17.09.2017** entstanden dafür an über **22 Standorten in Wedding und Moabit Wahllokale**. Es haben viele Vereine und Organisationen mitgemacht. Man konnte unbürokratisch eine symbolische Stimme zur Bundestagswahl und für mehr Partizipation von Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft abgeben. Einige

hundert Menschen haben mitgemacht und wir haben erfahren, dass es für manche das erste Mal war, nach vielen Jahren in Deutschland um eine Meinung gefragt zu werden. Andere haben berichtet, wie schwer es ist, die eigene Staatsangehörigkeit abzugeben und/oder die deutsche zu erlangen, die Voraussetzung für das Wahlrecht ist. Wenn dadurch viele Menschen ausgeschlossen werden, die dennoch hier leben, macht es integrationspolitisch Sinn, nicht nur für Einbürgerung zu werben, sondern eine Ausweitung des Wahlrechts anzustreben. Die rot-rot-grüne Koalition will eine Bundratsinitiative zur Änderung des Grundgesetzes ergreifen mit dem Ziel, für EU-Bürgerinnen und Bürger und Menschen aus Drittstaaten das Wahlrecht auf Landesebene sowie für Menschen aus Drittstaaten das kommunale Wahlrecht zu ermöglichen.

Die Symbolwahl in Mitte unterstützt diese Aussage. Gleichzeitig haben wir dafür geworben, dass diejenigen, die wahlberechtigt sind, ihr Wahlrecht nutzen sollen, denn auch auf ihre Stimmen kommt es an. Zwar hätten wir uns mehr WählerInnen gewünscht, aber Diskussionen gab es viele, und abschließend auch ein – nicht repräsentatives – Wahl-Ergebnis (nach Zweitstimmen lag die SPD knapp vor der Linken, der CDU und dann den Grünen), denn

die Symbolwahl erfolgte in Anlehnung an die Bundestagswahl. Das gab auch Gelegenheit, das für viele, auch Wahlberechtigte, nicht ganz einfache System der Wahlen in Deutschland zu erklären.

Die mitmachenden Vereine und Organisationen haben im Übrigen gezeigt, dass es auch in der Nachbarschaft, in den Kiezen Möglichkeiten der Teilhabe, der Mitgestaltung gibt, die für lebendige Bezirkspolitik im Interesse der hier lebenden Menschen ganz wichtig sind. Für diese zu werben war auch Ziel des Bezirksamtes. Die Symbolwahl hat den Nichtwahlberechtigten eine Stimme gegeben und die wichtige Botschaft gesendet: Macht in Mitte mit! Ihr seid willkommen!

Sandra Obermeyer

Die Linke – Fraktion in der BVV Mitte von Berlin

Die **Sprechzeiten** im Fraktionsbüro finden **an jedem Montag von 15 bis 17 Uhr und nach Absprache**

im Rathaus Mitte, Karl-Marx-Allee 31,
10178 Berlin, Raum 114 statt.

Telefon: 901 82 45 65
kontakt@linksfraktion-berlin-mitte.de

LINKE wird stärkste Kraft im Wahlkreis Mitte

Viele Genossinnen und Genossen aus Mitte hatten auf der Wahlparty der LINKEN Grund zum Jubeln: trotz Auszählungsspannen war im Lauf des Abends recht schnell klar, dass DIE LINKE die meisten Zweitstimmen im Wahlkreis Mitte geholt hatte!

Zum Schluss lautete das Ergebnis 21,4 Prozent, eine Steigerung von 2,7 Punkten. Unsere Partei lag damit doch recht deutlich vor CDU (18,7 %, -8,2), SPD (18,6%, -4,0) und Grünen (17,9%). Die FDP erzielte mit 8,7 % (+5,0) der Zweitstimmen einen Achtungserfolg. Die AfD erreichte auch in unserem bunten Bezirk leider immerhin 8,2 Prozent (+4,2). Damit sind vor allem die beiden ehemaligen Volksparteien SPD und CDU eingebrochen, Zugewinne verzeichneten hingegen die ehemaligen kleinen Parteien.

Spannend wurde das Rennen der Direktkandidat_innen am Wahlabend. Lange war es ein Kopf-an-Kopf-Rennen um Platz 1, zum Schluss behauptete sich Steve Rauhut (LINKE) mit 20,4 % der Erststimmen (+3,8) klar auf Platz 2 hinter SPD-Kandidatin Eva Högl (23,5 %, -4,8). Offenbar haben einige Wähler_innen Rauhut einen Sieg nicht zugetraut oder sie wollten einfach beide Parteien begünstigen und splitteten Erst- und Zweitstimme.

Ihren Wahlsieg fuhr DIE LINKE vor allem durch Zugewinne in Gesundbrunnen, Wedding und Moabit ein, während die SPD hier ihre alte Stärke einbüßte. Dies sind auch die Gegenden mit den höchsten Anteilen an Menschen, die auf Transferleistungen angewiesen sind – leider auch die mit der geringsten Wahlbeteiligung im Bezirk von um die 60 Prozent.

Aber auch in den traditionellen Hochburgen in den Hochhäusern im Altbezirk Mitte konnte unsere Partei trotz leichter Verluste ihre Spitzenrolle behaupten. DIE LINKE erzielte zwischen Karl-Marx-Allee, Fischerinsel, Heine-Viertel und Leipziger

Straße Werte von über 30 bis knapp 40 Prozent. Spitzenreiter im Bezirk war hier der Stimmbezirk 226 um die Schmidstraße mit 41,3 Prozent der Zweitstimmen.

Der Bereich Tiergarten Süd ging vor allem an die CDU, ebenso das Regierungsviertel, das Hansa-Viertel und die Grenze zu Reinickendorf im Norden von Wedding. Die Grünen waren im Scheunenviertel stark sowie im westlichen Teil von Moabit rings

ihre Hochburgen im Bezirk. Diese liegen vor allem im nördlichen Wedding, Afrikanisches Viertel – Schillerpark – Rehberge, wo sie zum Teil Werte bis an oder sogar über 15 Prozent erreichte.

Ein erstes Fazit aus der Wahl in Mitte: DIE LINKE hat es offenbar mit ihrem klaren Profil, auch in der rot-rot-grünen Koalition, und einem tollen Wahlkampf geschafft, neue Wählerinnen und Wähler zu überzeugen

**Keine Lust
auf Weiterspielen:
DIE LINKE.**

www.die-linke.de

Auch in Mitte haben immer mehr Menschen Lust auf DIE LINKE

um den Spreeverlauf. Bei den Zweitstimmen konnte die SPD nur noch Bereiche im Brunnenviertel sowie im Afrikanischen Viertel für sich entscheiden. Beide Gebiete konnte DIE LINKE im Wahlkampf nur mit gelegentlichen Wahlkampfeinsätzen besuchen. Hier wird es zukünftig ebenso wie in Tiergarten Süd auf den Aufbau neuer Präsenz unserer Partei ankommen. Aber auch die rechte AfD hatte bei dieser Wahl

und viele angestammte zu halten. Dass sie stärkste Kraft werden konnte, hängt allerdings auch mit der Schwäche von SPD und CDU zusammen. Als Aufgabe für die Zukunft steht neben einer flächendeckenden Präsenz im Bezirk auch die offensive Auseinandersetzung mit der völkisch-nationalistischen AfD – im Interesse eines guten Miteinanders in unserem bunten Bezirk.

Tobias Schulze

Fortsetzung von Seite 1: **Leistbare Mieten im Fokus der Politik**

ein entscheidendes Wort mitzureden darüber, was dort gebaut wird. Ein ursprünglich geplantes weiteres Hochhaus auf der Insel wird es nach Einspruch der Anwohner nicht geben.

Zur Dämpfung der rasanten Mietentwicklung in den Bestandswohnungen setzt

die Senatorin u.a. auf Milieuschutzgebiete. Dort ist Luxusmodernisierung ausgeschlossen, kann die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen verhindert werden. Vor allem das kommunale Vorkaufsrecht ist ein Weg, der neu beschritten wird, um Wohnungen dem Spekulationsmarkt zu

entziehen. Die Vorhabenliste der Senatorin ist lang. Die Berlinerinnen und Berliner können sich darauf verlassen, dass leistbare Mieten für sie im Mittelpunkt ihrer Politik stehen.

Sven Diedrich

Menschen in Mitte**„Kultur des Miteinander“****prägt und lenkt das Leben Anett Vietzkes**

Wie lebt man eine „Kultur des Miteinander“ und wie gestaltet man sie gemeinsam? Die Suche nach Antworten auf diese Frage hat Anett Vietzkes Leben bestimmt.

1977 in Königs Wusterhausen geboren, wuchs sie in einem Haus von drei Generationen auf. Traumatische Kriegserlebnisse der Großeltern, heftige, auch gewaltvolle Konflikte der Eltern um politische Positionen und die Frage nach dem „richtigen Leben“ prägten sie. Gern denkt sie an das antifaschistische Lehrerehepaar Klink zurück, das im Unterricht über das notwendige Eintreten für Frieden, Gemeinschaft und Gerechtigkeit sprach.

Nach dem Abitur sah sie bei ihrer Ausbildung zur Verlagskauffrau im Axel-Springer-Verlag, wie fatal Politik und Medien im Kapitalismus funktionieren. Beim Studium der Gesellschafts- und Wirtschaftskommunikation an der Universität der Künste traf sie auf den linken Philosophen Prof. Dr. Norbert Mader, der in seinen Vorlesungen den Kapitalismus als Wirtschaftsmodell hinterfragte, seine Untauglichkeit als Gesellschaftsmodell thematisierte. An der Filmhochschule Ludwigsburg und der Ryerson University Toronto wurde die Diplom-Kommunikationswirtschaftlerin obendrein zur Regisseurin.

Anett Vietzke musste sich ihr Studium selbst finanzieren und arbeitete unter anderem auf Honorarbasis an Filmproduktionen mit, so für das rbb-Fernsehen. Sie schuf mit dem Künstlerkollektiv VOLUMEN EXPRESS in Buenos Aires, Oslo und Berlin das Theater-Filmprojekt „Impotencia“ für die Sophiensäle. Das Stück wie auch die Videographie „Sueno y crisis“ untersuchen die Auswirkungen der großen Wirtschaftskrise 2001 auf die Menschen in Argentinien.

„Schon immer in meinem Leben war ich auf der Suche nach der Wahrheit, nach dem richtigen auch politischen Wirken in der Gesellschaft - zunächst durch Filmmachen und Schreiben“, betont Anett Vietzke, die heute mit ihrer Familie in Gesundbrunnen wohnt. „Das hat mir 2012 nicht mehr gereicht. Da war ich konfrontiert mit prekärsten Arbeits- und Lebensbedingungen nicht nur Kulturschaffender, Kinderarmut, fehlenden Ressourcen für ausreichende schulische und kulturelle

Bildung. Ich bin in DIE LINKE eingetreten.“ Seit den Berliner Wahlen ist die Mutter ihres 5-jährigen Sohnes Juri Mitglied der Bezirksverordnetenversammlung



(BVV) von Berlin-Mitte. „Im Ausschuss für Bildung und Kultur kämpfe ich gegen die Vertreibung von KünstlerInnen aus ihren Ateliers, wie zum Beispiel aus den Weddingener Uferhallen, für die Rettung des ‚Cafe Rehberge‘ und anderer Orte für Begegnungen und mit kulturellen Angeboten“, nennt sie nur einige ihrer Anliegen.

Einmal im Monat lädt sie mit der BVV-Verordneten Katharina Mayer zum BürgerInnen-dialog in den Weddingener Linkstreff ein. „Auf Augenhöhe hören wir zu, tauschen uns mit Ratsuchenden aus, tragen ihre Probleme dann in die BVV.“

Seit nunmehr zwei Jahren zieht es Anett Vietzke per Zug und Fahrrad nach Feldberg – nicht nur, um dort mit ihrer Familie frische Landluft zu schnuppern. In dem Dorf in Mecklenburg-Vorpommern trifft sich ihr 2015 gegründeter Verein „SEELAND Medienkooperative“ mit 30 jungen Leuten zwischen 14 und 17 von dort und aus Berlin-Moabit zu Film-Workshops und Gesprächen über das Leben, aber auch, wie konkret ein Film entsteht, um gemeinsam das Jugendfilmprojekt ‚Stadt-Land-Mut‘ zu realisieren. Die Dreharbeiten mit vielen Interviews und Lebensdarstellungen sollen bis Ende Oktober vollendet sein. – Ein neuer Höhepunkt im Wirken Anett Vietzkes für eine „Kultur des Miteinander“.

Matthias Herold**Kurznachrichten**

➤ **Wo gibt's die besten Zukunftsaussichten?**

In einer Rangliste der dreißig besten Städte, die alle zwei Jahre bewertet wird, steht München an der Spitze, gefolgt von Leipzig, Frankfurt/Main, Dresden und Berlin. Auf den Plätzen 29 und 30 finden sich Chemnitz und Gelsenkirchen. Prüfpunkte für den Rang sind Standortfaktoren. Bewertet werden Bildung, Innovation, Internationalität und Entwicklung von Produktivität und Bevölkerung.

➤ **Haben Schockfotos Wirkung gezeigt?**

Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung meldet erstaunliche Ergebnisse. Jugendliche rauchen weniger! Die „Raucherquoten“ sind in den letzten Jahren drastisch gesunken. Unter den 12- 17-Jährigen rauchten 2001 mehr als jede/jeder Vierte, genau 27,5 Prozent. Im vergangenen Jahr waren es nur noch 7,4 Prozent! Die Älteren hatten es offenbar schwerer mit dem Abgewöhnen. In der Altersgruppe der 18 – 25-Jährigen wurden 2008 fast die Hälfte gezählt, genau 43,1 Prozent. 2016 gab es einen Rückgang auf 26,1 Prozent.

➤ **40 Millionen Menschen als Sklaven gehalten**

Das ermittelte eine Studie der Internationalen Arbeitsorganisation ILO, eine Spezial-Organisation der UNO mit Sitz in Genf. 15 Millionen sind Männer, 25 Millionen Frauen, von denen 15 Millionen zwangsverheiratet wurden. Außerdem wurden 25 Millionen Zwangsarbeiter festgestellt. Nicht enthalten in diesen Zahlen sind 152 Millionen Kinder und Jugendliche zwischen 5 und 17 Jahren, von denen viele unter ähnlichen Bedingungen leben.

Sprechstunde zu Datenschutz und Computersicherheit

Was kann man tun, um seine Kommunikation und seine Daten zu schützen? Einmal im Monat findet eine Beratung zu den Themen Datensicherheit, Schutz vor Überwachung und Computerviren, Verschlüsselung, Vorratsdatenspeicherung oder sicherer Kommunikation statt. Technisches Wissen wird nicht vorausgesetzt – einfach vorbeikommen und das betreffende Gerät mitbringen!

Jeden 2. Donnerstag im Linkstreff, zwischen 19 und 21 Uhr, in der Malplaquetstraße 12, 13347 Berlin

Bei anderen gelesen

► Große Schläfrigkeit

„Empört Euch! Wenn man sich empört hat, wird man kämpferisch, stark und engagiert“, schrieb der Dichter und Widerstandskämpfer Stephane Hessel in seinem Buch. Die Deutschen sind eher weich, schlapp und gelangweilt. Sie scheinen inzwischen so schläfrig zu sein, dass man alles mit ihnen machen kann. Es ist kein Wunder, dass große Empörung bei ihnen nicht zu finden ist – immerhin ist die Bedrohung durch Nazis bei uns zurzeit überschaubar. Also wenn schon nicht „Empört Euch!“ – dann wenigstens „Interessiert Euch!“

Jakob Augstein in „Der Spiegel“ Nr. 35 vom 26.08.2017

► Mit Moralismus gegen Kritiker

Die Wahlauftritte zeigen das Amtsverständnis der Kanzlerin. Angela Merkel sieht sich als Therapeutin der Deutschen und verlangt moralisches Wohlverhalten. Steht ihr das zu? Das vierte Kabinett Merkel wäre ein abermals verschärftes Tugendregiment, ein grimmiges Farewell, Schuld und Sühne für jedermann.

Alexander Kissler in „Cicero“, 14.09.2017

► Wir Eingelullten

Künstler sind wie Kanarienvögel einer freien Gesellschaft. Wenn sie den Kopf hängen lassen, weiß man, was die Stunde geschlagen hat. Nochmal vier Jahre Merkel, und wir werden uns nicht einmal mehr daran erinnern können, dass es jemals eine Partei namens SPD gegeben hat.

„Der Spiegel“ Nr. 36, 02.09.2017

► Eine neue Hoffnung

Die SPD hat verloren. Zum Glück. Nur die totale Katastrophe hat die Kraft, die Genossen zum Neubeginn zu zwingen. Vielleicht ist heute der erste Tag eines neuen sozialdemokratischen Zeitalters.

„Der Spiegel“ ONLINE, 25.09.2017

Wahlkreisbüro Tobias Schulze,

Mitglied des Abgeordnetenhauses

Tegeler Str. 39
13353 Berlin – Wedding
Tel.: 030 – 547 13 449
(Bus 142 Kiatschoustraße, S- und U-Bahnhof Wedding, U-Bahnhof Amrummer Straße)
Tel.: 030 – 547 13 449
buero.schulze@linksfraktion.berlin

Öffnungszeiten:

Dienstag, Donnerstag 10 – 15 Uhr
Mittwoch 13 – 18 Uhr
Und nach Vereinbarung!

www.sprengbuero.de
www.tobiasschulze.berlin
Twitter: @sprengbuero

Topf, Tanz und Talk im Moabiter ZK/U

Auf dem Gelände des ehemaligen Güterbahnhofs Moabit zwischen Westhafen und Beusselstraße hat sich das „Zentrum für Kunst und Urbanistik“ (ZK/U) in der Siemensstraße 27 niedergelassen. Träger ist das Künstlerkollektiv „KUNSTrePUBLIK“ als gemeinnütziger Verein.

gibt den großen Projektsaal mit angrenzender überdachter Terrasse, ehemaligem Lagerraum und großem Gewölbekeller als Ort für Konzerte, experimentelle Musikformate oder Videoprojektionen, in dem aber auch getanzt werden kann bis das Gemäuer wackelt. Hier wurde kürzlich die „Linke Kinonacht“ veranstaltet,



Künstler, Stadtforscher und andere Aktive im ehemaligen Güterbahnhof

Ist denn ein alter Güterbahnhof überhaupt noch zu irgendwas Sinnvollem zu gebrauchen? Eine Künstlergruppe hat es jetzt vorgemacht: Unterstützt von der Stiftung der Deutschen Klassenlotterie wurde der Moabiter Güterbahnhof komplett instandgesetzt. Einerseits dient er jetzt als Plattform für Experiment und Diskussion und andererseits wurde er zu 13 Atelierwohnungen für 2- bis 8- monatige Aufenthalte für Künstler, Stadtforscher und andere Aktive ausgebaut. Denn hier sollen die unterschiedlichsten Projekt-Präsentationen, Ausstellungen, Foren und Konferenzen stattfinden. Es

die sicher vielen noch eindrucksvoll in Erinnerung ist.

Was „intermediale Aktivitäten“ (Originalton ZK/U) sind, können sich vermutlich nur relativ wenige auf Anhieb vorstellen. Wenn es dabei aber um eine „Schnippel-Disko“ geht, sicher schon sehr viel mehr. Wer es nicht weiß, bekommt Wurzelbürste, Schneidebrett, Sparschäler oder Küchenmesser in die Hand gedrückt und kann – damit ausgerüstet – knubbeliges Gemüse aus Bauernhöfen der Region (zu dick, zu dünn, zu unregelmäßig) waschen, schälen und für die brodelnden Kessel einer leckeren Suppe schnippeln. Im ZK/U hat nämlich bereits zum sechsten Mal die größte Schnippel-Disko der Welt mit scharfen Messern, heißen Beats und mitreißenden Themen für die „Wir haben es satt!“-Demo am nächsten Tag stattgefunden. Darauf konnte man sich mit „Topf, Tanz und Talk“ einstimmen.

Während der Aktion – immerhin warteten 1.500 kg Erntereste auf ihre Verarbeitung – legten DJ's feinste Beats auf und der Abend war mit Impro-Theater, Agrar-Slam, Kurzfilmen und Bühnen-Gesprächen mit Aktivist*innen und Engagierten gut gefüllt. Themen waren u.a.: Bay-Santo verhindern! Ausbeutung beenden! Schluss mit Lebensmittelverschwendung!

Insgesamt versteht sich das ZK/U als Ort der kreativen künstlerischen und wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit allen Fragen der Stadt- und Sozialforschung und deren zeitgenössischer Interpretation.

Rainer Scholz

Impressum:

Bezirksvorstand Berlin-Mitte
der Partei DIE LINKE

Geschäftsstelle:
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Telefon 24 009 336/204, Fax: 24 009 337

E-Mail-Adresse:
info@die-linke-berlin-mitte.de

Internet: www.dielinke-berlin-mitte.de

V.i.S.d.P.: Thilo Urchs

Satz + Druck:

R. Serinek / Druckerei Bunter Hund, Berlin
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Eine Parallelität zwischen grammatischem und natürlichem Geschlecht Genus und Sexus besteht nicht. Bezeichnungen mit der Endung -innen werden deshalb nur verwendet, wenn ausschließlich von weiblichen Personen die Rede ist.

Redaktionsschluss: 26.09.2017

Ausgabetag für Nr. 11/2017 – 02.11.2017

Neue Berliner, neue Lebensart

Der Sommer ist weg. Die Wählerschaft hat zwischen enttäuschender Vergangenheit und vager Zukunft gewählt. Als Schöpfung des Augenblicks gilt das Kürzel LOHAS gleich Lifestyle of Health and Sustainability. Auf Deutsch: Gesunde und nachhaltige Lebensweise. Da hängt mal wieder alles mit allem irgendwie zusammen, selbst wenn niemand das merkt.

Ein Übersee-Neuberliner wird beim Jackenkauf auf Englisch beraten. Bei Woolworth auf Türkisch und Arabisch. Im Jobcenter muss er Deutsch können. Die Amtskraft staunt, dass deutsche Großeltern kein Wort Deutsch sprachen, nachdem sie als Juden aus Berlin vertrieben wurden. Jetzt kommt der Enkel mit deutschem Pass, will das kulturelle Erbe antreten. Er bewohnt 10 qm Raum in einer WG mit Internetanschluss, Bett, Tisch, Stuhl, 2 Bädern und Küche in einer Zweckgemeinschaft aus sechs internationalen Mietern. Tagsüber lernt er begeistert in der Sprachenschule Deutsch. Das freut das Jobcenter. Eine Eingliederungsvereinbarung ist zu unterschreiben,

das Amtsdeutsch nur schwer zu übersetzen. Ich erkläre: Beidseitige Rechte und Pflichten, Jobangebote folgen, Krankenversicherung wird übernommen, Termine sind einzuhalten. Die Beratung erfolgt kompetent und freundlich.

In drei Wochen erlebt mein Neuberliner mehr Berlin als andere in Jahren. Er ist jung, hoch qualifiziert, motiviert, digital und global vernetzt, kennt soziale Kanäle, Sprach- und Herkunftsgruppen, er trifft auf Seinesgleichen bei Fitness und anderswo. Auch Mittes Gastronomie setzt auf die neuen Berliner. Ecke Oranienburger-/Tucholsky-straße doppelt sich im neuen „Lawrence“ (Zusatz: von Arabien) das filmische Wüsten-Epos als stumme Endlosschleife im Schaufenster. Jetzt helles Restaurant, vorher düstere Apotheke, oben (von NGO's getragen) die Kunstgalerie für arabische und andere Künstler beiderlei Geschlechts, unten kochen syrische Köche bis tief in die Nacht. Auch die italienische Kellnerin ist vielsprachig. Links und rechts vom Lokal entstehen auf großen Arealen Luxusapartments, Büros, Hotels, Restaurants, ein



Neue Kunst auf alten Toren

Biergarten, neue Straßen, aber kein Kino. Das Buddeln und Bauen verändert Sichtachsen. Vis-a-vis beim Postfuhramt geht's auch voran.

Man spürt Umbruch in der Spandauer Vorstadt. Ich finde das spannend. Andere nicht.

Irene Runge

Kameraüberwachung: Das Globuli der Sicherheitspolitiker

Der Schrei nach mehr Kameraüberwachung ist das Placebo deutscher Law-and-Order-Politiker, die sich profilieren wollen. Immer mal wieder kommt die Forderung nach mehr Massenüberwachung der Bevölkerung hoch.

Dabei ist bezeichnend, dass eine Maßnahme gefordert wird, die nicht nur in die Grundrechte der gesamten Bevölkerung eingreift, sondern die dazu auch noch ineffektiv bei dem ist, für das sie eingeführt werden soll: Die Verbrechensbekämpfung.

Wie bei allen einfachen Lösungen für komplexe Probleme handelt es sich mit dem Ruf nach mehr Überwachung um eine Scheinlösung, angeheizt durch alle paar Wochen in den Medien wieder auftauchende Überwachungsbilder eines Straftäters. Dass in 99 Prozent der Fälle keine Videokamera gebraucht wird, um Straftäter zu fangen und dass die Veröffentlichung von Videobildern das allerletzte Mittel der Polizei ist, fällt dabei immer unter

den Tisch.

Selbst wenn einem der Eingriff in die Grundrechte egal ist und die Massenüberwachung der Bevölkerung kein Problem darstellt: Alle Statistiken und wissenschaftlichen Studien belegen, dass ein Ausbau der Kameraüberwachung nichts bringt und zu teuer wird, im Vergleich mit anderen Maßnahmen, die man treffen kann.

In London, der bestüberwachten Stadt der Welt, wird pro 1000 Kameras genau ein Verbrechen pro Jahr aufgeklärt. Für das gleiche Geld, was die Kameras in Anschaffung und Unterhalt kosten, könnte man 7 Polizisten dauerhaft einstellen, die pro Jahr (Berliner Durchschnitt) 62 Fälle aufklären würden. Für das gleiche Geld kann man also, statistisch gesehen, einen Fall oder 62 Fälle pro Jahr aufklären.



Placebopille Kameraüberwachung

Aber man muss nicht einmal nach London gehen. In Berlin plant die BVG 43 Millionen Euro auszugeben, um 173 Stationen mit modernen Kameras nachzurüsten. Das sind ca. 277.500 € Anschaffungskosten und 36.000 € laufende Kosten pro Jahr pro Station. Für das gleiche Geld könnte die BVG Sicherheitsleute einstellen und somit ihr Sicherheitspersonal insgesamt mehr als verdoppeln. Das würde wirksam Verbrechen verhindern und nicht nur ein bisschen bei der Aufklärung helfen.

Videoüberwachung ist das Schlangenöl angeblicher Sicherheitspolitiker. Kauft es nicht!

Andreas Böttger

Aus dem Abgeordnetenhaus

Ein halber Sieg – das reicht noch nicht

Es hat mehr als drei Jahre gedauert, bis klar war, dass die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BlmA) die dem Bund gehörenden Wohnungen in Berlin nicht meistbietend an Privat verkaufen wird. Stattdessen bleiben die 4580 Wohnungen in der Hand des Bundes, der sie weiter zu bezahlbaren Preisen vermieten will. So das Versprechen. Grund zur Freude ist das nur bedingt, denn es wäre auf jeden Fall besser gewesen, die Wohnungen in Besitz des Landes Berlin zu geben.

So steht am Ende, dass die eine öffentliche Hand (der Bund) der anderen öffentlichen Hand (dem Land) den Zugriff auf Wohnraum verweigert, um später vielleicht doch... Wer weiß das schon.

Unendlich viel Zeit ist vergangen, bereits 2014 gab es die Vereinbarung mit der Bundesregierung, dass die BlmA die Wohnungen zum Verkehrswert an Berlin verkauft. Dann wurde der Verkehrswert ein ums andere Mal hochgerechnet. Wieviel Geld könnte man bekommen, nähme man an, dass all die Wohnungen Eigentumswohnungen wären und es noch zu Nachverdichtungen käme – also mehr Wohnungen



Carola Bluhm

auf dem Grund und Boden stünden als jetzt? Die BlmA hatte mit ihrer Verzögerungstaktik, die ich als unlauter bezeichne, lange Erfolg.

Dann wurde auf Antrag der drei Regierungsfractionen Berlins beschlossen, dass ein Verkaufsstopp bei der BlmA erwirkt werden soll und der Senat sich im Bundesrat dafür stark macht, dass nicht länger zu Höchstpreisen verschachert wird. Geändert werden muss dafür das Gesetz über die BlmA und die Bundeshaushaltsordnung, die der Anstalt verordnet, so viel Geld wie möglich rauszuschlagen. Der vorläufige (so nenne ich es erst einmal) Ver-

kaufsstopp für die 4580 Wohnungen ist also nur ein halber Sieg. Denn eigentlich muss es so sein, dass die Kommunen einen Zugriff auf die Wohnungen haben, die in ihrem Gestaltungsbe- reich vorhanden sind. Und die BlmA war und ist bislang keine Partnerin, um solche Sachen im Sinne der Menschen zu klären. Sie lässt sich aufgrund der Gesetzes- und Verordnungslage vom Bundesrechnungshof treiben. In Folge dessen haben wir es mit einer schleichenden Privatisierung zu tun. Jenseits der genannten Wohnungen gibt es noch viele weitere Objekte in den Händen der Anstalt, auch in Berlin. 2015 verwalteten die 6500 MitarbeiterInnen der BlmA deutschlandweit 25 000 Liegenschaften, rund 490 000 Hektar Grundstücksfläche, 38 000 Wohnungen und ein Vermögen von 22,4 Milliarden Euro.

Unser Ansatz lautet: Öffentliche Hände dürfen sich nicht gegenseitig ausspielen, sondern müssen miteinander und fair Probleme im Sinne der Bürgerinnen und Bürger lösen. Profit- und Geldhascherei hat dabei nichts verloren. Das betreiben – leider – ausreichend andere und zum Schaden vieler.

Carola Bluhm

Die Europäische Union muss endlich eine soziale Union werden!

Nach der Bundestagswahl werden die Weichen für die europäische Integration neu gestellt. Die Reform der Euro-Zone steht auf der Tagesordnung, die Brexit-Verhandlungen gehen weiter und am 17. November wollen die EU-Institutionen eine sogenannte *Europäische Säule sozialer Rechte* verabschieden.

Aus linker Sicht ist die Sache klar: In allen Fragen zur Zukunft der EU muss der soziale Zusammenhalt erste Priorität sein. Die von den Merkel-Regierungen mit knallharter Machtpolitik erzwungenen Kürzungsprogramme in Süd- und Osteuropa haben die EU wirtschaftlich und sozial gespalten. Deutschland verdient heute doppelt an der Armut der anderen: Auf deutsche Staatsanleihen gibt es negative Zinsen – das heißt, wer dem deutschen Staat Geld leiht, muss dafür Geld bezahlen. Gleichzeitig verdient der Staat an den Zinsen, die etwa Griechenland an Deutschland zahlen muss. Zwar sinkt in Spanien oder Griechen-

land inzwischen die horrende Arbeitslosigkeit leicht, jedoch sind die neuen Jobs zumeist ohne tarifliche Bindung, befristet und schlecht entlohnt. 2010 hatten die EU-Länder mit der 2020-Strategie erklärt, die Zahl der Armen um 20 Millionen senken zu wollen. Seitdem ist die Zahl der Armen um 1,7 Millionen gestiegen. Wird die *Europäische Säule sozialer Rechte* das Blatt wenden? Das ist nicht zu erwarten. Die Säule ist in ihrer jetzigen Form eine Mogelpackung. Denn es handelt sich nicht um Rechte, sondern um unverbindliche Prinzipien. Während die soziale Dimension der EU höchstens kosmetisch ausgebessert wird, werden im Bereich des Wettbewerbsrechts oder bei der Aufrüstung harte Fakten geschaffen. Dabei gibt es gute Konzepte, um die EU endlich vom marktradikalen Kopf auf soziale Füße zu stellen. Wir brauchen eine soziale Fortschrittsklausel in den EU-Verträgen, damit kollektive soziale Grundrechte wie das Streikrecht vor den Binnenmarkt-



Freiheiten der Unternehmen geschützt sind. Das EU-Parlament hat diese linke Forderung mehrheitlich übernommen, jetzt müssen die EU-Länder nachziehen. Eine Mindesteinkommensrichtlinie kann dafür sorgen, dass jeder Mensch in der EU ein menschenwürdiges Einkommen einklagen kann. Dies würde auch die inner-europäische Armutsmigration unnötig machen. Nach der Bundestagswahl ist vor der EU-Wahl 2019.

Thilo Janssen, Basisgruppe Brüssel

Das ist das Letzte

DIE LINKE dankt ihren Mitgliedern und Wählern: Für das zweitbeste Wahlergebnis ihrer Existenz. Für den Zuwachs von 500.000 Stimmen. Für fünf Sitze mehr im Bundestag. Für die Direktmandate in Berlin und auch für die 3,5 Prozent Plus bei den Zweitstimmen im Bezirk Mitte.

Doch zugleich gibt es Wermutstropfen im Rotkäppchen-Sekt: Wir wollten bundesweit zweistellig werden – da fehlen 0,8%. Wir haben in den Ostländern an Einfluss verloren, weil die AfD lauter war. Wir sind nicht mehr Oppositionsführer, weil das der Notausgang der SPD wurde. Und wir konnten die AfD nicht bremsen. Das ist für viele Nachbarvölker ein Menetekel!

Nun sind alle Parteien bei der Fehler-Analyse. Der Hauptfehler grinst aus allen Wahlergebnissen: Die Volksvertreter wissen und respektieren zu wenig, wie die verschiedenen Volksschichten leben, denken und fühlen. Es reicht nicht, alle vier Jahre hier und da den Puls zu fühlen. Drum sagt Frau Merkel: „Weiter so!“ Herr Seehofer bellt: „Wir müssen nach rechts!“ Herr Gauland ruft: „Wir sind schon da!“ Die Grünen warten auf die Anpasser-Medaillen. Die FDP will die Notbremse des Systems sein. Die SPD merkt, dass Die Linke mit ihrer Systemkritik recht hat, aber sie wollte nicht mit uns auf der Auswechselfank sitzen. Nun sitzen wir auf der Oppositionsbank.

Den Ostdeutschen wird angelastet, dass Sachsen und Meck-Pom der AfD nachläuft. Aber deren Triumphe in Bayern, Baden-Württemberg und im Ruhrgebiet sind doch nicht harmloser. Dort gibt es seit langem die Bio-Reservate, die Spender und Wortführer für den braunen Geist. So dient die AfD als Sichtblende für den Rechtskurs der anderen Parteien!

Ich fürchte, es kommen lausige Zeiten. Wir brauchen eine starke Opposition zum Schutz der Demokratie und des Friedens. Auch zum Schutz der Löhne und Renten. Und für die überfälligen Veränderungen, die Deutschland und Europa zukunftssicher machen.

Arthur Paul

Die Linke – Fraktion in der BVV Mitte von Berlin

Die **Sprechzeiten** im Fraktionsbüro finden **an jedem Montag von 15 bis 17 Uhr und nach Absprache**

im Rathaus Mitte, Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin, Raum 114 statt.

Telefon: 901 82 45 65
kontakt@linksfraktion-berlin-mitte.de

Danke! Danke! Danke!

Vielen Dank an die 31.928 Wähler*innen und Wähler aus Berlin-Mitte, die am 24. September zur Bundestagswahl für **DIE LINKE** stimmten!

Wir werden als Opposition im Bundestag um unsere im Wahlkampf versprochene Forderung nach mehr sozialer Gerechtigkeit, für eine weltoffene Gesellschaft und für eine friedliche Außenpolitik kämpfen. Wir werden in diesem Sinne auch in der Zeit zwischen den Wahltagen für alle Bewohnerinnen des Bezirkes als Ansprechpartner und Verbündete da sein.

BÜRGER*INNENDIALOG

Anett Vietzke und Katharina Mayer

Mitglieder der Linksfraktion in der BVV

Berlin Mitte

laden ein

zur gegenseitigen Beratung auf Augenhöhe zwischen Bürger*innen, Kiezexpert*innen, Wutbürger*innen, Gutbürger*innen, Politikverdrossenen, Aktivist*innen, Engagierten, ... und Kommunalpolitiker*innen

JEDEN 2.FREITAG IM MONAT

16:00 – 18:00

im **LINKSTREFF**

**Malplaquetstr. 12
13347 Berlin - Wedding**



Ein großes Dankeschön an Steve Rauhut und sein Wahlteam

Vielen Dank an die vielen Mitglieder und Sympathisant*innen, die in den vergangenen Wochen auf den Straßen und Plätzen in ihrer Freizeit unterwegs waren, um mit den Bewohner*innen unseres Bezirkes ins Gespräch zu kommen und um Unterstützung für die Positionen der LINKEN zu werben. Ohne diesen intensiven, kreativen und zeitaufwendigen Einsatz wäre dieses Wahlergebnis nicht denkbar gewesen. Ein ganz besonderer Dank gilt dabei dem Wahlteam unseres Direktkandidaten.

Und ein ganz besonderer Dank gilt unserem Direktkandidaten Steve Rauhut. Durch seinen hohen persönlichen Einsatz, durch seine Glaubwürdigkeit und durch seine Kompetenz hat er ganz wesentlich zu unserem Erfolg in Berlin-Mitte beigetragen. In vier Jahren packen wir es, Steve! **T.U.**

Kostenlose Sozial- und Mieterberatung

der Linksfraktion in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei **DIE LINKE** mit **Rechtsanwalt André Roeseener**

• **an jedem ersten Mittwoch des Monats**

von 17 bis 19 Uhr im **Nachbarschaftszentrum „Bürger für Bürger“** der Volkssolidarität, Brunnenstr. 145, 10115 Berlin und

• **an jedem dritten Mittwoch des Monats**

im **Kreativhaus**, Fischerinsel 3, 10179 Berlin

Jeden Mittwoch

kostenlose Beratung zu **Sozialrecht (Hartz IV) sowie Familien-, Miet- und Arbeitsrecht** durch die Rechtsanwältinnen **Nina Jenny Soest** und **Christian Wisch** von 17 bis 19 Uhr (keine Anmeldung erforderlich) im **LinksTreff**, Malplaquetstr. 12, 13347 Berlin, Tel.: 28 70 57 51

Wir gratulieren ganz herzlich nachträglich zum Geburtstag

allen Genossinnen und Genossen, die in den Monaten Juni, Juli, August und September 2017 ein Jahr älter geworden sind.

Wir gratulieren im Oktober zum Geburtstag!

Zum 98. Gerda Gadow
zum 91. Karl-Heinz Elsen
zum 90. Peter Knoll, Irene Schwabe, Eberhard Mannschatz
zum 88. Werner Butter
zum 87. Horst Pargmann
zum 85. Maria Seifert
zum 83. Ursula Mika
zum 81. Sonja Striegnitz, Urta Knöfel
zum 80. Almuth Kilian, Helga Kreller
zum 75. Marguerite Blume-Cardenas, Ilse Klein-Ortega, Reiner Quapil, Regina Woesner